

Estonische Position zum Ausnahmeverfahren für die Nord Stream II Rohrleitung

Gemäß der Richtlinie (EU) 2019/692, Artikel 49a, kann eine Ausnahmeregelung für die Erfüllung der Artikel 9, 10, 11, 32, 41 (6), 41 (8) und 41 (10) auf eine Rohrleitung zwischen dem Mitgliedstaat und ein Drittland, falls die Rohrleitung vor dem 23. Mai 2019 fertiggestellt ist. Während des Verfahrens eines solchen Ausnahmeantrags muss der betreffende Mitgliedstaat die betreffenden Mitgliedstaaten konsultieren.

Am 10. Januar 2020 legte die deutsche Bundesnetzagentur die entsprechende Argumentation zur Anwendung einer Ausnahmeregelung für die Nord Stream II Rohrleitung vor. Das Ausnahmeverfahren wurde durch den entsprechenden Antrag der Nord Stream 2 AG eingeleitet.

Das Ministerium für Wirtschaft und Kommunikation als zuständige Behörde im Sinne der Richtlinie (EU) 2019/694 stimmt der Argumentation der Nord Stream 2 AG nicht vollständig zu. Obwohl die Richtlinie die Gewährung von Ausnahmeregelungen für bestehende Pipelines vorsieht, sollte dies nur als letztes Mittel auf der Grundlage begründeter Überlegungen und der absoluten Notwendigkeit erfolgen. Es muss berücksichtigt werden, dass Ausnahmen das wirksame Funktionieren des Binnenmarktes beeinträchtigen.

Nach Ansicht des Ministeriums für Wirtschaft und Kommunikation rechtfertigen die von der Nord Stream 2 AG vorgebrachten Argumente jedoch nicht die Verletzung der Sicherheit der Gasversorgung der Europäischen Union und die Behinderung der Entwicklung des Gasmarktes. Der Bau von Nord Stream 2 trägt nicht zur Erhöhung der Versorgungssicherheit der EU bei, da der Bau einer zusätzlichen Versorgungsroute von Russland die Versorgungsquellen in die EU nicht diversifiziert.

Die Klägerin macht geltend, dass das Kriterium der „Fertigstellung vor 23. Mai 2019“ in Artikel 49a keine bauliche oder physikalische Dimension haben muss. Nach Ansicht des Antragstellers soll das Kriterium durch wirtschaftliche Funktionalität erfüllt sein. Darüber hinaus macht die Klägerin geltend, da der Geltungsbereich der Richtlinie auf das deutsche Hoheitsgebiet beschränkt sei, sei auch die Fertigstellung der Pipeline aus dieser Sicht zu betrachten.

Gemäß Artikel 49a der Richtlinie ist das Kriterium der „Fertigstellung vor dem 23. Mai 2019“ unkompliziert und klar. Daher ist die Argumentation der Nord Stream 2 AG nicht gültig. Unserer Ansicht nach kann das Abschlusskriterium entgegen den Argumenten der Klägerin nicht erfüllt werden, da die endgültige Investitionsentscheidung vor dem 23. Mai 2019 getroffen wurde. Eine solche Auslegung entspricht nicht dem Wortlaut von Artikel 49a der Richtlinie. Da die Anwendung Beweis für die Tatsache nicht enthalten, dass die Pipeline physisch von 23. Mai 2019 abgeschlossen wurde, wird das Kriterium der Abschluss nicht erfüllt.

Darüber hinaus stellt Estland fest, dass sich der Wortlaut von Artikel 49a auf die gesamte physische Länge der Übertragungsleitung bezieht. Es gibt keinen Raum in dem Text des Artikels 49a der Fertigstellung des Baus der Übertragungsleitung mit dem Abschluss der Übertragungsleitung im deutschen Gebiet zu interpretieren. Daher wird die Argumentation auf die Tatsache, dass die Nord-Stream-Pipeline 2 bis 23. Mai 2019 abgeschlossen war nicht gerechtfertigt.

Vor diesem Hintergrund fordert das estnische Ministerium für Wirtschaft und Kommunikation die Bundesnetzagentur nachdrücklich auf, die Grundsätze der Richtlinie (EU) 2019/694 zu befolgen und bei der Entscheidung über die Ausnahmeregelung die gesamte physisch verbundene Nord Stream II Rohrleitung zu berücksichtigen. Aus estnischer Sicht sollte Nord Stream 2 angesichts der

Argumentation der Nord Stream 2 AG keine Ausnahmeregelung nach Artikel 49a der Richtlinie (EU) 2019/692 gewährt werden.